

## **Antrag**

**der Abgeordneten Jenny Weggen, Michael Gwosdz, Jens Kerstan, Antje Möller, Martina Gregersen, Linda Heitmann, Horst Becker, Andreas Waldowsky, Dr. Eva Gümbel, Farid Müller, Christiane Blömeke, Nebahat Güçlü (GAL) und Fraktion**

**der Abgeordneten Heiko Hecht, Birgit Stöver, Hartmut Engels, Thomas Felskowsky, Vera Antonia Jürs, Thomas Kreuzmann, Karl-Heinz Warnholz, Monika Westinner (CDU) und Fraktion**

**zur Drs. 19/5709**

**Betr. Kontrollen von Transporten mit atomarem und anderem Gefahrgut durch Hamburg verstärken – kein unkontrollierter Umschlag von Containern mit radioaktivem Inhalt über den Hamburger Hafen!**

Fast täglich finden Transporte mit Atom-Brennstoffen und anderem radioaktiven Gefahrgut – beispielsweise für medizinische Zwecke – quer durch das Hamburger Stadtgebiet statt. Viele von ihnen werden im Hafen umgeschlagen und anschließend auf dem Landweg weitertransportiert. Der Weg der radioaktiven und giftigen Fracht führt auch durch Wohngebiete – sei es auf der Schiene oder der Straße.

Viele Menschen in Hamburg sind durch die Transporte in zunehmendem Maß verunsichert. Diese Sorgen sind berechtigt und müssen ernst genommen werden.

Zwei Zwischenfälle der letzten zwei Jahre zeigen deutlich, dass grobe Verstöße gegen Sicherheitsregeln nicht ausgeschlossen werden können:

- Im August 2008 wurde ein überladener Transport mit Uranerzkonzentrat an der deutsch-französischen Grenze gestoppt, der in Hamburg umgeschlagen worden war.
- Am 9. März 2010 wurde nahe Bremen ein verrosteter Container mit Uranhexafluorid aus dem Verkehr gezogen, der ebenfalls aus Hamburg kam.

Die Gefahren, die von diesen Transporten ausgehen, müssen sehr ernst genommen werden. Unfälle von falsch oder schlecht gesicherten Transporten können jeden Tag passieren – auch mitten in der Stadt.

Doch nicht alleine radioaktive Fracht stellt ein großes Sicherheitsrisiko für die Hamburger Bevölkerung dar. Auch andere Gefahrguttransporte weisen ein ähnliches Gefährdungspotenzial auf.

Genehmigt werden die Atom-Transporte durch das Bundesamt für Strahlenschutz. Nach geltendem Atomrecht muss dies erfolgen, wenn alle Voraussetzungen erfüllt sind.

Hamburg hat keine Handhabe, Transporte über das Gebiet der Hansestadt zu verhindern. Die Hamburger Behörden führen alleine die Aufsicht über die Transporte.

Aufgrund der hohen Risiken für Mensch und Umwelt, die von den Atomtransporten ausgehen, muss die Sicherheit oberste Priorität haben.

Die Hamburger Kontrollvorgaben müssen auch aufgrund des erneuten Zwischenfalls einer genauen Prüfung unterzogen werden.

Eine Verstärkung der Kontrollen ist zwingend notwendig – dazu gehört die Überprüfungen von Begleitdokumenten und Rahmenbedingungen, aber auch die intensive Begutachtung der Behälter vor Ort.

Strahlende und andere gefährliche Fracht in maroden Transportbehältern oder auf untauglichen Fahrzeugen darf nicht durch Hamburg fahren und von hier aus in das weitere Bundesgebiet gelangen – dies muss wirksam verhindert werden!

**Die Bürgerschaft möge daher beschließen:**

**Der Senat wird ersucht**

1. verstärkte Kontrollen der Transporte von radioaktiven Stoffen, insbesondere Uranhexafluorid, durchzuführen.
2. zu prüfen, inwieweit Verbesserungen des Gefahrgüterkontrollkonzeptes möglich sind und dabei auch eine generelle Kontrolle von genehmigungspflichtigen radioaktiven Transporten mit einzubeziehen.
3. der Bürgerschaft bis zum 30.10.2010 zu berichten.